

Markus Marterbauer

Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage allmählich überwunden

Prognose für 2003 und 2004

Die heimische Wirtschaft wird im Jahr 2003 um nur 0,7% wachsen. Einzelhandel und Investitionen entwickeln sich relativ günstig. Hingegen haben sich Export und Sachgüterproduktion bislang nicht verbessert. In Europa zeigen Unternehmens- und Verbraucherbefragungen eine leichte Aufhellung der Erwartungen. Sollte sich die etwas optimistischere Stimmung in einer Erholung der Produktion bestätigen, dann könnte Österreichs BIP im kommenden Jahr real um 1,4% zunehmen.

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter des WIFO. • Abgeschlossen am 24. September 2003. E-Mail-Adresse: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Die österreichische Wirtschaft expandierte im 1. Halbjahr gegenüber dem Vorjahr um nur 0,6%. Anders als in den Jahren 2001 und 2002 stabilisiert nun die Inlandsnachfrage die Konjunktur – dank einer verhalten, aber stetig steigenden Konsumnachfrage sowie leichter Zuwächse der Bau- und Ausrüstungsinvestitionen. Die Zunahme des Exports schwächt sich hingegen merklich ab. Das Wirtschaftswachstum wird im Jahr 2003 zum dritten Mal in Folge deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt bleiben.

Die Aussichten für 2004 sind noch immer sehr vage. Im Euro-Raum fehlen eindeutige Hinweise auf einen Konjunkturaufschwung, das BIP stagniert saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal seit Ende 2002 (1. Halbjahr 2003 +0,5% gegenüber dem Vorjahr). Hingegen haben sich die Erwartungen einer weltweiten Erholung in den letzten Monaten gefestigt. Asien bildet den Wachstumspol der Weltwirtschaft, jüngst hat die Nachfragedynamik sogar die lahmende japanische Wirtschaft erfasst. Die Wirtschaft der USA wuchs im 1. Halbjahr um 2¼%, allerdings zum überwiegenden Teil aufgrund einer bedeutenden Ausweitung der Militärausgaben.

Eine Erholung der Nachfrage im Welthandel könnte Impulse für die Wirtschaft im Euro-Raum mit sich bringen. Im Sommer hat sich die Stimmung unter den Unternehmen leicht verbessert, selbst in Deutschland wird die Lage nun etwas zuversichtlicher eingeschätzt. Allerdings bleibt eine Reihe von wachstumsbremsenden Kräften wirksam: Das nach wie vor hohe Niveau des Dollar-Euro-Wechselkurses belastet Export und Investitionen. Die Investitionen in Maschinen und Fahrzeuge – die Schlüsselgröße der Konjunktur – beleben sich wegen der niedrigen Kapazitätsauslastung noch nicht. Expansive Signale der EU-Wirtschaftspolitik fehlen. Solange die Binnennachfrage nicht merklich anzieht, wird sich die Konjunktur nur zögernd aus der seit drei Jahren anhaltenden Stagnation erholen. Ein markanter Aufschwung ist nicht in Sicht. Das Wirtschaftswachstum dürfte im Jahr 2004 im Euro-Raum bei etwa 1½% und in Deutschland bei 1% liegen.

Die Nachfrage nach österreichischen Exportgütern entwickelt sich aufgrund der Schwäche der Binnennachfrage in der EU und in den Beitrittsländern sehr verhalten. Dazu kommen geringe Marktanteilsverluste für die heimischen Exporteure. Der Anstieg des real-effektiven Wechselkurses (2003 +2%) kann kurzfristig durch das rege Produktivitätswachstum in der Sachgütererzeugung, das durch einen markanten Beschäftigungsabbau zustande kommt, nicht ausgeglichen werden. Die relativen Lohnstückkosten steigen gegenüber den Handelspartnern etwas, längerfristig da-

gegen haben sie sich markant verringert (1995/2002 -15%). Das Wachstum der Warenexporte verlangsamt sich merklich, es beträgt heuer real nur noch 2%. Im kommenden Jahr sollte eine langsame Erholung der Nachfrage bei den Handelspartnern für eine leichte Verbesserung sorgen (+3¼%). Auch der Reiseverkehr leidet unter der schlechten Wirtschaftsentwicklung in Europa. Für heuer zeichnet sich eine Stagnation der realen Deviseneinnahmen ab.

Die Rahmenbedingungen für einen endogenen Investitionsaufschwung bleiben vorerst ungünstig. Die Kapazitätsauslastung liegt deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt, die Absatzerwartungen der Unternehmen weisen noch nicht eindeutig aufwärts. Dennoch dürften die Ausrüstungsinvestitionen das Vorjahresniveau heuer um mindestens 2% übersteigen. Die bis Jahresende befristete Investitionszuwachsprämie veranlasst die Unternehmen zwar kaum zu dauerhaft erhöhten Investitionen, lässt sie aber für 2004 geplante Projekte vorziehen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

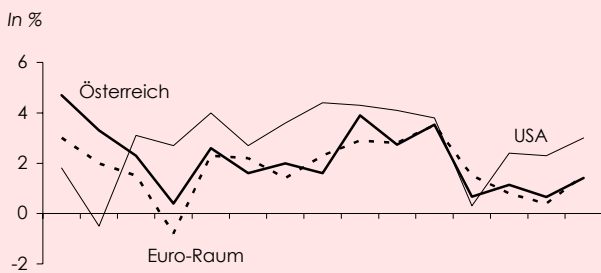
		1999	2000	2001	2002	2003	2004
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt							
Real		+ 2,7	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,4
Nominell		+ 3,4	+ 5,0	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,7
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real		+ 3,0	+ 6,5	+ 1,3	+ 1,0	± 0,0	+ 2,0
Private Konsumausgaben, real		+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6
Bruttoanlageinvestitionen, real		+ 2,1	+ 5,9	- 2,2	- 4,6	+ 1,7	+ 1,8
Ausrüstungen ²⁾		+ 4,9	+11,8	- 2,9	- 9,3	+ 2,0	+ 2,0
Bauten		+ 0,0	+ 1,2	- 1,5	- 0,5	+ 1,4	+ 1,7
Warenexporte ³⁾							
Real		+ 7,7	+13,1	+ 7,5	+ 4,2	+ 2,0	+ 3,8
Nominell		+ 7,0	+15,6	+ 6,5	+ 4,2	+ 2,0	+ 3,3
Warenimporte ³⁾							
Real		+ 6,9	+10,9	+ 5,7	- 1,2	+ 2,3	+ 3,8
Nominell		+ 6,7	+14,7	+ 5,0	- 2,0	+ 2,0	+ 3,3
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €	- 6,33	- 5,36	- 4,11	+ 0,95	- 0,03	- 0,39
	in % des BIP	- 3,2	- 2,6	- 1,9	+ 0,4	- 0,0	- 0,2
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %	4,7	5,6	5,1	5,0	4,1	4,3
Verbraucherpreise		+ 0,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,2
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾		4,0	3,7	3,6	4,3	4,3	4,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		6,7	5,8	6,1	6,9	7,0	7,1
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁷⁾		+ 1,2	+ 1,0	+ 0,4	- 0,5	+ 0,2	+ 0,5
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 2,3	- 1,5	+ 0,3	- 0,2	- 1,0	- 1,2

¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. - ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen. - ³⁾ Laut Statistik Austria. - ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). - ⁵⁾ Laut Eurostat. - ⁶⁾ Laut Arbeitsmarktservice. - ⁷⁾ Unselbständig Beschäftigte ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienler.

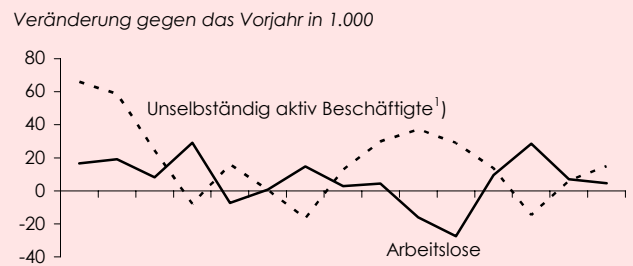
Für die Sachgütererzeugung liegen seit Jahresbeginn keine Daten von Statistik Austria vor; der WIFO-Konjunkturtest deutet auf einen Rückgang im 1. Halbjahr hin. Die Produktion dürfte im 1. Halbjahr um ½% unter dem Niveau des Vorjahres gelegen sein. Angesichts der ungünstigen Entwicklung im Export ist für den Jahresdurchschnitt bestenfalls eine Stagnation zu erwarten. Die Unternehmen geben an, ihre Lager nicht weiter abzubauen. Dies könnte ein erster Hinweis auf eine bevorstehende Erholung der Produktion sein. Für das kommende Jahr wird mit einem Produktionszuwachs von 2% gerechnet. Da die Produktion überwiegend nachfrageseitig beschränkt ist, dürfte die Tatsache, dass 2004 um 3 Arbeitstage mehr zur Verfügung stehen als 2003, keine merklichen Auswirkungen haben. Leicht positive Effekte in der Sachgütererzeugung dürften gesamtwirtschaftlich durch eine Abnahme der Wertschöpfung im Tourismussektor kompensiert werden.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

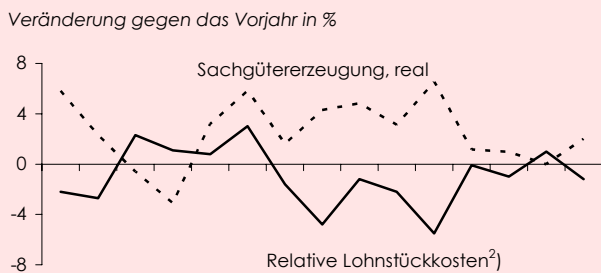
Wirtschaftswachstum



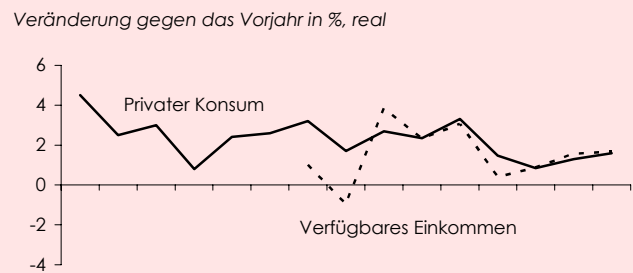
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



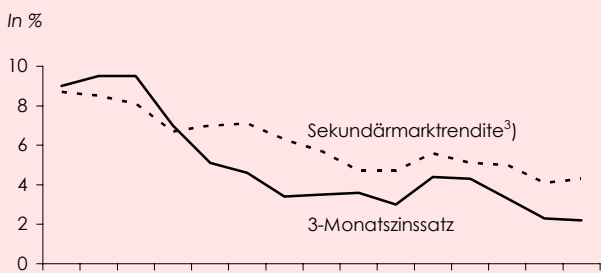
Wettbewerbsfähigkeit und Produktion



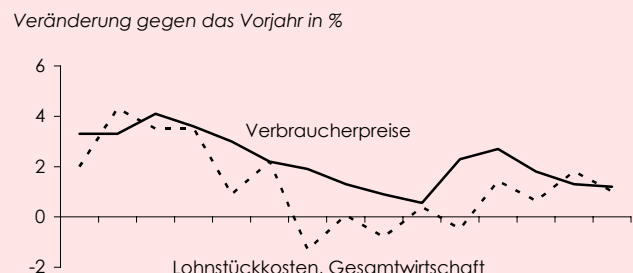
Konsum und Einkommen privater Haushalte



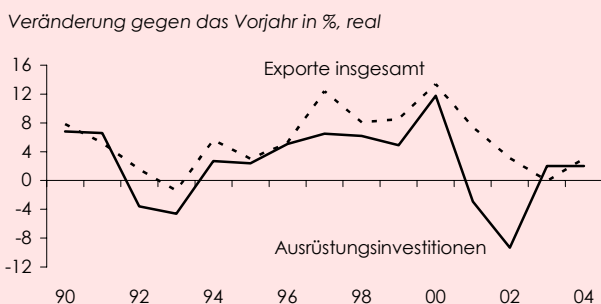
Kurz- und langfristige Zinssätze



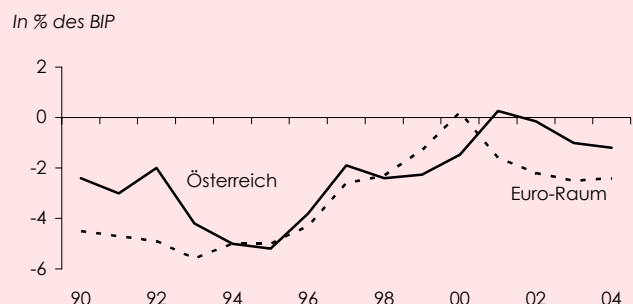
Preise und Lohnstückkosten



Export und Investitionen



Finanzierungssaldo des Staates



¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. – ²⁾ In der Sachgütererzeugung, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Deutlich kräftiger als im vergangenen Jahr zeigen sich heuer die Bauinvestitionen. Die Ausweitung des Finanzierungsrahmens für SCHIG und Asfinag schlägt sich in einer Zunahme der Investitionen im Tiefbau um 15% nieder. Auch die im Wohnungsbau tätigen Unternehmen zeigen sich nach einer langen Flaute wieder optimistischer. Der Bedarf an Wohnungen hat zugenommen, und die Bewilligungen im geförderten Wohnbau beginnen zu steigen. Dank der Expansion im Tiefbau geht die

Bauproduktion heuer nicht mehr zurück, sie dürfte im Jahresdurchschnitt real um 1,4% höher sein als im Vorjahr. Für das kommende Jahr wird ein Wachstum von 1,7% erwartet. Der antizyklische Einsatz von langfristig sinnvollen Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur stützt die Konjunktur. Die Wirtschaftspolitik sollte angesichts des hohen Anteils des Bausektors am BIP allerdings darauf achten, dass die öffentlichen Anreize in der nächsten Hochkonjunkturphase wieder restriktiver gehandhabt werden.

Nachdem die Binnennachfrage in den Jahren 2001 und 2002 das Wirtschaftswachstum merklich gedämpft hat, werden für heuer positive Impulse erwartet. Neben der günstigeren Entwicklung der Investitionen trägt dazu auch der private Konsum bei: Er expandiert mit real +1,3% zwar deutlich langsamer als im langfristigen Durchschnitt (+2¼%), aber merklich rascher als die Gesamtwirtschaft. Die Nettorealeinkommen je Arbeitnehmer dürften heuer erstmals seit zwei Jahren nicht sinken, und das Wachstum der verfügbaren Einkommen festigt sich etwas. Neben der niedrigen Inflation (2003 und 2004 jeweils 1¼%) trägt dazu auch die Ausweitung von Transfers (vor allem Kinderbetreuungsgeld) bei. Der Handel kann in beiden Jahren mit guten Umsatzsteigerungen rechnen (reale Wertschöpfung 2003 +2%, 2004 +2¼%). Gekürzt werden vor allem Reiseausgaben im Ausland (2003 -3%), nicht hingegen die Anschaffung von Pkw. Der Sparanteil am verfügbaren Einkommen erhöht sich leicht.

Auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich keine Trendwende ab. Die Zahl der Arbeitslosen steigt heuer auf 239.000 und im Jahr 2004 auf 244.000. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 7,1% der unselbständigen Erwerbspersonen laut traditioneller österreichischer Berechnung und 4,4% der Erwerbspersonen laut Eurostat.

Die Zunahme der Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 6.000 heuer und 15.000 im Jahr 2004 hat zu einem guten Teil institutionelle Gründe: Zu den Beschäftigten werden auch jene Personen in Altersteilzeit gerechnet, die ihre Freizeitphase bereits geblockt in Anspruch nehmen, aber noch im Personalstand der Unternehmen sind. Dies erhöht statistisch die Zahl der Beschäftigten 2003 um 2.500 und 2004 um 5.000. An Schulungen nehmen heuer um etwa 8.000 Arbeitslose mehr teil als im Vorjahr, ein Teil von ihnen wird als beschäftigt erfasst. Zu Jahresbeginn wurde die längst fällige Erleichterung des Zugangs von ausländischen Arbeitskräften mit längerer Aufenthaltsdauer zum Arbeitsmarkt gewährt. Das ermöglicht vor allem Frauen und Jugendlichen die Beschäftigungsaufnahme. Die Zahl der beschäftigten Ausländer erhöht sich 2003 und 2004 um jeweils etwa 15.000.

Das Wachstum der Steuereinnahmen bleibt trotz einer günstigen Entwicklung des Aufkommens an Umsatzsteuer heuer merklich unter jenem des nominellen BIP, hingegen steigen die Staatsausgaben rascher. Der Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition dürfte somit heuer bei -1% und im kommenden Jahr bei -1,2% des BIP liegen.

Asien bildet Wachstumspol der Weltwirtschaft

In Asien expandiert die Wirtschaft weiterhin kräftig. Zuletzt wurde sogar Japan von einer Nachfragebelebung erfasst.

Die Weltwirtschaft und der Welthandel expandieren heuer mit jeweils etwa +3% kaum rascher als 2002. Die Dynamik bleibt somit merklich unter dem langfristigen Durchschnitt. Allerdings zeigen sich zwischen den großen Regionen der Weltwirtschaft erhebliche Unterschiede. Asien bildet den wichtigsten Wachstumsmotor der Weltwirtschaft. Die chinesische Wirtschaft erreicht eine Rate von +7% bis +8% pro Jahr. Hier zählt die strenge Kapitalverkehrsregulierung zu den erfolgreichen Rahmenbedingungen, die entscheidend halfen, sich gegenüber den Krisenphänomenen der Weltwirtschaft abzuschotten.

Auch Südkorea, Taiwan und die anderen "Tigerstaaten" haben zu den vor der Wirtschafts- und Finanzkrise 1997/98 gewohnten Wachstumsraten zurückgefunden. Im 1. Halbjahr 2003 zeigte selbst die lahrende japanische Konjunktur zum ersten Mal seit drei Jahren Anzeichen einer nennenswerten Erholung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Neben einer Verbesserung von Investitionen und Konsum trug dazu auch der rege Export nach China und Südostasien bei. Das BIP dürfte heuer um knapp 2% expandieren. Allerdings bleibt abzuwarten, ob in Japan ein anhaltender Konjunkturaufschwung in Gang kommt – die Deflation ist noch nicht überwunden,

und eine stärkere Aufwertung des Yen gegenüber dem Dollar könnte die Auftriebskräfte rasch wieder bremsen.

In den USA wuchs die Wirtschaft im 1. Halbjahr mit einer Rate von 2¼% gegenüber dem Vorjahr. Die Frühindikatoren haben sich in den letzten Monaten verbessert. Dazu trägt die expansive Fiskal- und Geldpolitik entscheidend bei. Das Staatsdefizit liegt heuer bei etwa 6% des BIP, der überwiegende Teil geht auf die drastische Anhebung der Militärausgaben zurück. Diese war im II. Quartal für zwei Drittel des gesamten Wachstums des BIP gegenüber dem Vorquartal maßgebend. Die Ausweitung der Rüstungsausgaben ist in Bezug auf Wachstums- und Wohlfahrtseffekte zwar merklich ineffizienter als andere Verwendungen, dennoch werden die private Produktion und die Nachfrage angeregt. Allerdings bleibt – auch angesichts der ungünstigen Situation der öffentlichen Haushalte – offen, wie lange das hohe Ausgabeniveau aufrechterhalten wird. Die markanten Steuersenkungen tragen zur Ausweitung des Budgetdefizits bei. Die Nachfrageeffekte dürften aufgrund der starken Konzentration der Maßnahmen auf die oberen Einkommenschichten verhalten sein. Die Federal Reserve hält die kurzfristigen Zinsen auf einem historischen Tiefstand, die kurzfristigen Realzinsen sind deshalb negativ. Sie sieht nach wie vor Deflationsgefahren. In den letzten Monaten sind die langfristigen Zinsen aber deutlich gestiegen. Die positiven Auswirkungen der expansiven Wirtschaftspolitik zeigen sich in einer günstigeren Stimmung der Konsumenten, anhaltend starker Konsumnachfrage und steigender Industrieproduktion.

Konjunkturerholung mit Risiken in den USA

In den USA hat sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage vor allem aufgrund stark steigender Militärausgaben verbessert. Das Wirtschaftswachstum wird heuer 2¼% und im Jahr 2004 3% erreichen. Allerdings sind die Risiken eines Rückschlags erheblich.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real						
OECD insgesamt	+ 3,2	+ 3,8	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,0
USA	+ 4,1	+ 3,8	+ 0,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 3,0
Japan	+ 0,1	+ 2,8	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,8	+ 1,3
EU	+ 2,8	+ 3,5	+ 1,6	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,5
Euro-Raum	+ 2,8	+ 3,5	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,5
Deutschland	+ 2,0	+ 2,9	+ 0,8	+ 0,2	± 0,0	+ 1,0
Ost-Mitteleuropa ¹⁾	+ 3,3	+ 4,0	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,8
Asien (ohne Japan)	+ 6,7	+ 6,8	+ 4,9	+ 6,0	+ 4,5	+ 5,0
Welthandel, real	+ 6,0	+ 12,7	± 0,0	+ 2,5	+ 3,3	+ 5,0
OECD-Exporte	+ 5,7	+ 12,0	- 0,5	+ 2,7	+ 3,0	+ 4,5
Intra-OECD-Handel	+ 7,8	+ 11,4	- 0,9	± 0,0	+ 2,3	+ 3,5
Marktwachstum ²⁾ Österreichs	+ 7,4	+ 13,1	+ 2,9	+ 2,0	+ 2,5	+ 4,0
Weltmarkt-Rohstoffpreise ³⁾						
Insgesamt	+ 9,0	+ 31,0	- 10,0	+ 1,0	+ 14,0	- 9,0
Ohne Rohöl	- 10,0	+ 3,0	- 6,0	- 1,0	+ 3,0	± 0,0
Erdölpreis ⁴⁾ \$ je Barrel	17,3	28,0	23,6	24,1	29,0	25,0
Wechselkurs \$ je Euro	1,067	0,924	0,896	0,945	1,10	1,10

¹⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ²⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ³⁾ HWWA-Index, Dollarbasis, 2000 = 100. – ⁴⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

Bislang ist jedoch noch kein selbsttragender Investitionsaufschwung in Gang gekommen. Kapazitätsauslastung und Gewinne liegen unter dem langfristigen Durchschnitt. Ein besonderes Risiko für die Konjunktur bildet die Überbewertung auf den Immobilienmärkten: Häuser- und Wohnungspreise sind drastisch gestiegen, ein Preisrückgang zeichnet sich bislang nicht ab. Ein Platzen der spekulativen Blase würde erhebliche Finanzierungsprobleme auslösen. Der Arbeitsmarkt reagiert vorerst nicht auf die günstigere Produktionsentwicklung: Die Zahl der Beschäftigten sinkt seit mehr als zwei Jahren, die Arbeitslosenquote ist auf 6,2% der Erwerbstätigen gestiegen.

Die Wirtschaft wuchs im Euro-Raum im 1. Halbjahr gegenüber dem Vorjahr um nur ½% (EU +¾%). Saisonbereinigt stagniert das BIP gegenüber dem Vorquartal seit dem IV. Quartal 2002. Dazu trägt die anhaltende Flaute der Investitionen wesentlich bei. Kapazitätsauslastung, Gewinne und Absatzerwartungen sind zu schwach, um die Unternehmen trotz des relativ niedrigen nominellen Zinsniveaus zu einer Ausweitung

Hartnäckiger Wachstumsrückstand in Europa

der Investitionen zu veranlassen. Angesichts rückläufiger Erzeugerpreise erscheint das Realzinsniveau für viele Branchen nicht günstig. Überdies schlägt sich die Aufwertung des Euro zunehmend in einer Dämpfung des Wirtschaftswachstums nieder. Der Wechselkurs war zuletzt mit etwa 1,10 \$ je Euro um etwa 15% höher als im Jahresdurchschnitt 2002. Dies bremst den europäischen Export und die Investitionen. Laut Eurogrowth-Indikator wird das BIP im Euro-Raum im 2. Halbjahr durch den hohen Wechselkurs um 0,6 Prozentpunkte gedämpft. Eine Fortschreibung des Wechselkurses vom August lässt für den Durchschnitt 2003/04 eine Relation von 1,1 \$ je Euro annehmen. Dies ist um etwa 4% niedriger, als das WIFO in seiner Juni-Prognose unterstellte. Wegen der leichten Verbesserung werden Export, Investitionen und BIP im Euro-Raum für das kommende Jahr etwas günstiger beurteilt als in der Sommer-Prognose.

Im Euro-Raum wächst die Wirtschaft 2003 – im dritten Jahr der Wirtschaftskrise – um nur ½% gegenüber dem Vorjahr. Etwas günstigere Stimmungskennzeichen könnten eine Erholung im kommenden Jahr andeuten. Allerdings bleiben mehrere wachstumsdämpfende Kräfte wirksam.

Im Gegensatz zu Export und Investitionen war die Nachfrage im Einzelhandel im 1. Halbjahr 2003 lebhaft. Das von der Europäischen Kommission erhobene Konsumentenvertrauen hat sich in den letzten Monaten erholt, vor allem in den großen Mitgliedsländern. Das Wachstum des Konsums bleibt zwar merklich unter dem langfristigen Durchschnitt, bildet aber dennoch ein wichtiges Element der Stabilisierung in einer insgesamt stagnierenden Wirtschaft.

Jüngst haben sich auch die Hinweise auf eine Aufhellung der Stimmung in den Unternehmen verstärkt. Der ifo-Geschäftsklimaindex zeigt seit zwei Monaten auch in Bezug auf die aktuelle Produktionsentwicklung in Deutschland eine leichte Verbesserung. Der von Reuters erhobene Einkaufsmanagerindex lässt für den Euro-Raum etwas günstigere Werte als zuletzt erkennen. Allerdings bleibt abzuwarten, ob sich der Stimmungsumschwung tatsächlich in einer Ausweitung der Auftragseingänge, der Produktion und der Investitionen niederschlägt. Bislang fehlen dafür noch deutliche Anzeichen. Dies gilt vor allem für Deutschland: Die deutschen Konjunkturinstitute zeigen sich für das kommende Jahr optimistisch und erwarten eine Steigerung des BIP zwischen 1½% und 2%. Begründet werden die Prognosen mit positiven Nachfrageeffekten von bis zu ¼% des BIP durch das Vorziehen der Senkung der Einkommensteuer auf das Jahr 2004, mit höheren Investitionen aufgrund der Reformen im Rahmen der Agenda 2010 und einem positiven Produktionseffekt von gut ½% durch die höhere Zahl der Arbeitstage. Alle diese Argumente sind aber mit Fragezeichen zu versehen: Die zu erwartende weitgehende Gegenfinanzierung der Steuersenkung durch Ausgabenkürzungen und die Konzentration auf die oberen Einkommenschichten dürften bewirken, dass insgesamt keine zusätzlichen Nachfrageeffekte entstehen, die Reformen im Sozialbereich wirken unmittelbar eher nachfragedämpfend, und eine Ausweitung der Zahl der Arbeitstage sollte in einer kurzfristig nachfrageseitig beschränkten Wirtschaft keine nennenswerten BIP-Effekte auslösen.

Die Stagnation des BIP belastet Arbeitsmarkt und öffentliche Haushalte. Die Arbeitslosenquote steigt im Euro-Raum kontinuierlich, sie erreichte im Juli saisonbereinigt 8,9%. Diese Aufwärtstendenz wird anhalten, solange das Wirtschaftswachstum unter 2% bleibt. Die Budgetdefizite nehmen kräftig zu. Vor allem aufgrund der deutlichen Verschlechterung der Finanzlage in Frankreich, Deutschland und Italien wird der Euro-Raum heuer einen Saldo der öffentlichen Haushalte von mehr als –3% des BIP aufweisen. Dies ist weniger die Folge aktiver Maßnahmen zur defizitfinanzierten Konjunkturstimulierung, sondern das passive Ergebnis schwacher Steuereinnahmen und höherer Ausgaben für Arbeitslosigkeit.

EU-Wirtschaftspolitik gefordert

Die Wirtschaftspolitik der Eurozone war bislang nicht in der Lage, eine wirkungsvoll koordinierte Strategie zur Bekämpfung der seit Ende 2000 anhaltenden Nachfrageschwäche zu entwickeln. Die wirtschaftspolitischen Bemühungen konzentrierten sich auf Ausgabenkürzungen im öffentlichen Dienst, im Infrastruktur- und Sozialbereich. Daneben sind Flexibilisierung und Liberalisierung erkennbare Elemente einer europäischen Strategie. Das Phänomen des Nachfragemangels und die Anhebung des Wachstumspfades werden von der Wirtschaftspolitik hingegen nicht als Herausforderung angesehen. Der Konjunkturpolitik der Teilnehmerländer der Währungsunion sind durch Verpflichtungen des Stabilitätspaktes und durch die Offenheit der nationalen Wirtschaftsräume zum Teil die Hände gebunden. Die EU-Länder außerhalb der Wäh-

rungsunion haben wirkungsvolle expansive Signale gesetzt: In Großbritannien wurde der öffentliche Konsum merklich ausgeweitet, um das Erziehungs- und Gesundheitswesen zu modernisieren. Die schwedische Regierung hat die öffentlichen Investitionen markant erhöht. Beide Schritte wirken dem Nachfrageeinbruch entgegen. Das BIP wächst in beiden Ländern heuer wie schon in den letzten Jahren rascher als im Durchschnitt des Euro-Raumes.

Ein deutlich größerer Spielraum als auf nationalstaatlicher Ebene besteht für eine expansive Politik aber auf EU-Ebene. Die Absicht der Europäischen Kommission, auf Basis der Vorschläge der "Van-Miert-Gruppe" und in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen in die Wege zu leiten, ist insbesondere auf eine langfristige Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgerichtet. Hier gilt es sicherzustellen, dass die im Rahmen der "Lissabon-Strategie" besonders betonten Humaninvestitionen in Bildung, Forschung und soziale Kohäsion nicht gegenüber materiellen Investitionen in den Hintergrund treten. Kurzfristig können Investitionen in die Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur sinnvolle Impulse geben. Eine EU-Wachstumsinitiative würde zum einen ein wichtiges Signal dafür geben, dass die Wirtschaftspolitik der Krise nicht mehr passiv gegenübersteht – eine aktive Wirtschaftspolitik kann dazu beitragen, die Erwartungen von investierenden Unternehmen und konsumierenden Haushalten zu stabilisieren. Zum zweiten sind Planung und Bauvorbereitung für viele Investitionsprojekte abgeschlossen, eine rasche Behebung der Finanzierungsbeschränkungen könnte deshalb nachfragewirksame Vorzieheffekte auslösen.

Die Erweiterung der EU um 10 neue Mitgliedsländer tritt am 1. Mai 2004 in Kraft. Kurzfristig können davon keine nennenswerten Wachstumseffekte erwartet werden. Mittelfristig bringt dieser Schritt aber ein erhebliches Potential. Es liegt sowohl in der Notwendigkeit der Modernisierung des Kapitalstocks als auch in den unbefriedigten Konsumbedürfnissen in den neuen Mitgliedsländern. Ein rascher Aufholprozess würde auch für die "alten" EU-Länder erhebliche Nachfrageeffekte mit sich bringen. In den letzten Jahren wuchs die Wirtschaft der Beitrittsländer allerdings sehr verhalten, das BIP erhöhte sich um nur gut 1 Prozentpunkt pro Jahr rascher als im EU-Durchschnitt. Derzeit liegt das Wirtschaftswachstum vor allem in Tschechien merklich unter jenem der anderen ostmitteleuropäischen Länder.

In den Beitrittsländern erreicht das BIP pro Kopf im Durchschnitt nicht einmal die Hälfte des Niveaus der EU-Länder. Maßnahmen zur Beschleunigung des Aufholprozesses könnten ein wesentliches Element einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik der EU bilden. Dazu bedarf es einer Ausweitung öffentlicher und privater Investitionen aus der EU in den neuen Mitgliedsländern.

Nach dem markanten Rückstand im Jahr 2001 dürfte Österreichs Wirtschaft im vergangenen Jahr etwas rascher gewachsen sein als der EU-Durchschnitt. Dazu trug ausschließlich der positive Außenbeitrag bei. Während die Inlandsnachfrage und die Importe zurückgingen, entwickelte sich der Export nach vorliegenden Daten relativ günstig. Laut Statistik Austria verbesserte sich die Handelsbilanz von 2001 auf 2002 um fast 5 Mrd. € und erreichte erstmals einen Überschuss. Auch die Leistungsbilanz drehte ins Aktivum. Allerdings ist die rege Exportnachfrage in Österreich sowohl in Relation zur schwachen Sachgütererzeugung als auch zur Entwicklung der Ausfuhr in anderen Ländern sehr überraschend. Auf Ungereimtheiten in der Leistungsbilanz weist auch die hohe statistische Differenz hin. Die schwierigere Erfassung von außenwirtschaftlichen Daten innerhalb des EU-Binnenmarktes und die Beschleunigung des Prozesses der Datenerhebung könnte die Qualität der Statistiken beeinträchtigen. Damit ist die Basis für die Prognose der Jahre 2003 und 2004 recht unsicher. Die Beurteilung der aktuellen Konjunkturlage wird zusätzlich dadurch erschwert, dass noch immer keine Produktionswerte für die konjunktursensitive Sachgütererzeugung und die Bauwirtschaft im laufenden Jahr vorliegen.

Die europäische Wirtschaftspolitik hat auf den Konjunkturunbruch seit Ende 2000 nicht ausreichend reagiert. Notwendig wären vor allem Maßnahmen zur Belebung der materiellen und immateriellen Investitionen, die kurz- und langfristige positive Wachstumseffekte auslösen könnten.

Wirtschaftliche Potentiale der EU-Erweiterung nicht ausreichend genutzt

Wachstumsschwäche hält an

Das BIP wächst heuer real um nur 0,7%. Erstmals seit zwei Jahren stabilisiert die Inlandsnachfrage die Entwicklung. Ausgehend von einem Ende der Flaute in Westeuropa könnte im kommenden Jahr eine allmähliche Verbesserung der Wirtschaftslage einsetzen. Über deren Ausmaß besteht erhebliche Unsicherheit.

Übersicht 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>								
Land- und Forstwirtschaft Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	4,62	4,55	4,55	4,55	- 0,7	- 1,5	± 0,0	± 0,0
Energie- und Wasserversorgung	40,61	41,00	41,00	41,82	+ 1,3	+ 1,0	± 0,0	+ 2,0
Bauwesen	5,41	5,92	5,95	6,00	+ 1,7	+ 9,3	+ 0,5	+ 1,0
Handel ²⁾	13,36	13,42	13,60	13,84	- 4,8	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,7
Handel ²⁾	24,41	24,79	25,29	25,87	- 0,3	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,3
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	7,42	7,58	7,50	7,58	+ 5,9	+ 2,1	- 1,0	+ 1,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	13,98	14,15	14,22	14,29	- 0,9	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,5
Kreditinstitute und Versicherungen	13,53	12,91	12,91	13,04	- 0,5	- 4,6	± 0,0	+ 1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	28,87	29,45	29,89	30,48	+ 4,3	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	11,70	11,66	11,61	11,55	- 0,2	- 0,3	- 0,5	- 0,5
Sonstige Dienstleistungen	24,79	25,03	25,15	25,35	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	188,69	190,45	191,66	194,37	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,4
Bruttoinlandsprodukt	198,67	200,94	202,26	205,13	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,4

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Das WIFO erwartet für heuer weiterhin ein Wachstum des BIP von real 0,7%. Darin spiegelt sich vor allem die Abschwächung der Konjunktur in Europa. Die sehr zurückhaltende Expansion der Nachfrage der Handelspartner drückt den heimischen Warenexport und die Sachgüterproduktion. Die Inlandsnachfrage stabilisiert die Konjunktur heuer wieder. Dazu trägt die günstigere Entwicklung von Konsum und Einzelhandel ebenso bei wie die Verbesserung im Bereich der Bauinvestitionen – hier werden ebenso wie im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen Effekte der Konjunkturpakete der vergangenen Jahre wirksam. Die Förderung der Investitionen lässt Österreichs Wirtschaft heuer um etwa ¼ Prozentpunkt rascher wachsen als jene des Euro-Raumes. Zum Teil sind dies allerdings Vorzieheffekte, im Jahr 2004 wird die Nachfrage gedämpft.

Übersicht 4: Entwicklung der Nachfrage

	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>								
Konsumausgaben insgesamt	148,90	150,02	151,30	152,94	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,1
Private Haushalte ¹⁾	111,88	112,83	114,30	116,13	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6
Staat	37,02	37,18	37,00	36,81	- 0,5	+ 0,4	- 0,5	- 0,5
Bruttoinvestitionen	46,02	43,44	43,84	44,61	- 4,0	- 5,6	+ 0,9	+ 1,8
Bruttoanlageinvestitionen	45,97	43,87	44,60	45,41	- 2,2	- 4,6	+ 1,7	+ 1,8
Ausrüstungen ²⁾	21,21	19,24	19,62	20,01	- 2,9	- 9,3	+ 2,0	+ 2,0
Bauten	24,76	24,63	24,98	25,40	- 1,5	- 0,5	+ 1,4	+ 1,7
Vorratsveränderung ³⁾	0,05	- 0,43	- 0,75	- 0,80				
Statistische Differenz	0,48	- 0,27	0,00	0,00				
Inländische Verwendung	195,40	193,18	195,14	197,55	- 0,1	- 1,1	+ 1,0	+ 1,2
Exporte	107,04	110,38	110,30	113,62	+ 7,4	+ 3,1	- 0,1	+ 3,0
Reiseverkehr	10,40	10,58	10,58	10,69	+ 5,4	+ 1,8	± 0,0	+ 1,0
Minus Importe	103,76	102,62	103,18	106,04	+ 5,9	- 1,1	+ 0,5	+ 2,8
Reiseverkehr	8,35	8,03	7,79	7,79	+ 5,1	- 3,8	- 3,0	± 0,0
Bruttoinlandsprodukt	198,67	200,94	202,26	205,13	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,4
Nominell	211,86	216,76	222,34	228,33	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,7

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – ³⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Im kommenden Jahr sollten die wichtigsten Impulse von der Auslandsnachfrage ausgehen. Das Ausmaß der Konjunkturbelebung bei den europäischen Handelspartnern ist derzeit schwierig einzuschätzen. Das WIFO geht von einer verhaltenen Erholung aus. In jüngster Zeit zeichnete sich eine Aufhellung der Stimmung bei wich-

tigen Handelspartnern ab. Auch von den Börsen kommen optimistischere Signale. Allerdings bleibt das Niveau des Wechselkurses des Euro gegenüber dem Dollar ungünstig, und der Druck zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte lässt negative Nachfrageimpulse vom öffentlichen Sektor erwarten. Deshalb ist auf eine nur zögernde Erholung des österreichischen Exports zu schließen. Investitionen und Sachgüterproduktion beleben sich zaghaft. Auch die Expansion der Nachfrage der privaten Haushalte dürfte unter dem langjährigen Durchschnitt liegen. Das WIFO erwartet unter diesen Rahmenbedingungen für das Jahr 2004 ein Wirtschaftswachstum von etwa 1½%. Dies ist zu wenig, um den Arbeitsmarkt und die öffentlichen Haushalte zu entlasten.

Ein optimistischeres Szenario könnte von einer kräftigeren Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in den USA ausgehen. Dies könnte den Dollar auf den Devisenmärkten stärken, somit Europas Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten erhöhen und die EU zu einem attraktiveren Investitionsstandort machen. Eine aktivere Wachstumspolitik der Europäischen Union hätte erhebliche Spielräume, der Binnennachfrage die dringend benötigten zusätzlichen Impulse zu verleihen. Dieses Szenario ist nicht auszuschließen, erscheint aber derzeit weniger wahrscheinlich.

Österreichs Warenexporte überstiegen das Vorjahresniveau im I. Quartal nominell noch um 5%. Im II. Quartal weist Statistik Austria vorläufig einen Rückgang um 4% aus. Selbst wenn die jüngsten Monatswerte noch nach oben revidiert werden, kommt darin die deutliche Abschwächung im Export zum Ausdruck. Die Ausfuhr in den EU-Binnenmarkt stagniert. Dies ist vor allem eine Folge der Schwäche der Binnennachfrage bei den wichtigsten Handelspartnern (Deutschland und Italien). Die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar belastet die heimischen Exportunternehmen vor allem indirekt – sie trifft die deutsche Exportwirtschaft, zu der die österreichischen Betriebe enge Zulieferbeziehungen unterhalten.

Kaum Impulse vom Export

Die Expansion der Warenausfuhr hat sich in den letzten Monaten merklich verlangsamt. Zur anhaltenden Nachfrageschwäche wichtiger Handelspartner kommen die zunehmenden Auswirkungen des ungünstigen Wechselkursniveaus.

Übersicht 5: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoverdienste pro Kopf ¹⁾	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0
Vollzeitäquivalent	+ 2,2	+ 2,7	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,2
Realeinkommen pro Kopf ¹⁾						
Brutto	+ 1,0	+ 0,9	- 0,6	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,8
Netto	+ 0,5	+ 1,5	- 1,0	- 0,5	+ 0,2	+ 0,6
Nettomasseneinkommen, nominell	+ 3,7	+ 4,5	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,3
Gesamtwirtschaft						
Lohnstückkosten	+ 0,4	- 0,5	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,0
Sachgütererzeugung						
Lohnstückkosten	- 1,2	- 4,5	+ 1,8	- 0,9	- 0,3	- 0,8
Relative Lohnstückkosten ²⁾						
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	- 2,2	- 5,5	- 0,1	- 1,0	+ 1,0	- 1,2
Gegenüber Deutschland	- 0,8	- 1,8	+ 0,1	- 0,7	- 1,2	- 1,4
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	+ 0,6	- 2,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 2,6	+ 0,5
Real	- 1,3	- 3,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,2	+ 0,4

¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – ²⁾ In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Seit Jahresbeginn zeigt sich auch die Ausfuhr nach Ost-Mitteuropa schwächer. In einigen Transformationsländern bremst die real-effektive Aufwertung gegenüber dem Euro die Expansion der Wirtschaft und damit die Nachfrage nach Importgütern. Österreichs Betriebe dürften in Ost-Mitteuropa aber auch Marktanteile verlieren. Dies könnte damit zusammenhängen, dass nach den großen Anfängserfolgen der heimischen Exporteure in den neunziger Jahren nun zunehmend Unternehmen aus anderen Ländern die Märkte der Beitrittsländer beliefern. Kurzfristig könnte auch eine Substitution von Warenexporten durch Direktinvestitionen eine Rolle spielen. Hingegen können die heimischen Exporteure ihre Lieferungen nach Südosteuropa

erfolgreich steigern. In Kroatien, Serbien, Rumänien und Bulgarien gewinnen sie Marktanteile.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportwirtschaft ist weiterhin günstig. Kurzfristig beeinträchtigt aber die Aufwertung des Euro die Konkurrenzsituation. Der real-effektive Wechselkurs der Industriewaren liegt heuer um gut 2% über dem Niveau des Vorjahres. Dies kann durch starkes Produktivitätswachstum (+3%) nicht rasch ausgeglichen werden. Die relativen Lohnstückkosten erhöhen sich heuer gegenüber den Handelspartnern um 1%. Sie sind damit aber immer noch um etwa 15% geringer als Mitte der neunziger Jahre.

Die Warenausfuhr dürfte im Jahresdurchschnitt 2003 real um 2% höher ausfallen als im Vorjahr. Für das kommende Jahr wird eine Rate von +3% erwartet. Aufgrund der niedrigen Produzentenpreise und des scharfen Wettbewerbs können die Unternehmen ihre Exportpreise nicht erhöhen.

Ausrüstungs- investitionen stärker als erwartet

Die bis Jahresende begrenzte Steuerprämie veranlasst die Unternehmen, Investitionen vorzuziehen. Ein endogener Investitionsaufschwung ist angesichts der geringen Kapazitätsauslastung nicht zu erwarten. Allerdings könnten Ersatzinvestitionen an Bedeutung gewinnen.

Laut vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stiegen die Ausrüstungsinvestitionen einschließlich sonstiger Anlagen im 1. Halbjahr real um 1,5% gegenüber dem Vorjahr; dazu trugen vor allem die Anschaffungen von Kraftfahrzeugen bei. Dies ist mehr, als nach dem WIFO-Investitionstest vom Juni zu erwarten war. Zwar meldete die Fahrzeugindustrie eine merkliche Ausweitung der Kapazitäten, die anderen Branchen zeigten sich angesichts der ungünstigen Kapazitätsauslastung aber unsicher und tendierten dazu, Investitionsprojekte weiter aufzuschieben. Die Einführung einer bis Jahresende 2003 befristeten Investitionszuwachsprämie von 10% dürfte heuer die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen jedoch merklich stützen. Die Wirkungen werden im 2. Halbjahr noch deutlicher spürbar sein. Allerdings dürften damit zu einem guten Teil nicht zusätzliche Investitionen, sondern primär Mitnahmeeffekte für notwendige Ersatzinvestitionen ausgelöst werden. Heuer erhöht das Vorziehen von Investitionsprojekten das BIP um etwa ¼%. Die Investitionen in Maschinen und Fahrzeuge dürften real um mindestens 2% ausgeweitet werden. Im kommenden Jahr fehlen diese Investitionen. Für 2004 kann nur bei einer markanten Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage mit einem dynamischen Investitionsaufschwung gerechnet werden. Diese zeichnet sich derzeit nicht ab. Deshalb wird das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen kaum höher sein als heuer.

Das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Investitionen ist in den letzten Jahren bemerkenswert gesunken: Betragen die Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2000 noch 24% des BIP, so machen sie heuer nur knapp 22% aus. Ohne eine deutliche Belebung der Investitionen, die die Schlüsselgröße der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bilden, kann weder eine Rückkehr zu angemessenen Raten des Wirtschaftswachstums noch eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt erwartet werden.

Aufgrund der merklichen Vorzieheffekte im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen dürften heuer auch die Warenimporte etwas stärker steigen als zuletzt angenommen. Die Einfuhr könnte real um gut 2% wachsen, etwas stärker als der Export. Trotz der Aufwertung des Euro gehen die Importpreise nicht drastisch zurück. Dazu tragen vor allem die anhaltend hohen Erdölpreise auf den Weltmärkten bei. Die Terms-of-Trade verbessern sich kaum. Der Saldo der Handelsbilanz dürfte sich gegenüber dem Vorjahr wenig verändern, allerdings erscheint das Niveau des Jahres 2002 unerklärlich günstig.

Stagnation in der Sachgütererzeugung

Die Beurteilung der Entwicklung in der Sachgütererzeugung ist heuer besonders schwierig, weil Statistik Austria seit Jahresbeginn keine Produktionswerte vorgelegt hat. Der WIFO-Konjunkturtest hat sich in der Vergangenheit aber als guter Indikator für die Produktionsentwicklung erwiesen. Seine Ergebnisse weisen darauf hin, dass sich die Produktion seit Jahresbeginn nochmals abgeschwächt hat, nachdem sie schon in den zwei Jahren zuvor kaum gewachsen war (nur etwas mehr als +1% pro Jahr).

Übersicht 6: Produktivität

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,7	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,4
Erwerbstätige ¹⁾	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,7	- 0,4	+ 0,3	+ 0,4
Vollzeitäquivalent	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,5	- 0,6	+ 0,1	+ 0,3
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 1,3	+ 2,8	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,4	+ 1,0
Vollzeitäquivalent	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,2	+ 1,8	+ 0,6	+ 1,1
Sachgütererzeugung						
Produktion ²⁾	+ 3,1	+ 6,5	+ 1,2	+ 1,0	± 0,0	+ 2,0
Beschäftigte ³⁾	- 0,7	± 0,0	+ 0,2	- 2,5	- 2,2	- 1,0
Stundenproduktivität ⁴⁾	+ 4,5	+ 6,6	+ 1,4	+ 4,2	+ 2,8	+ 3,3
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	- 0,6	- 0,1	- 0,4	- 0,7	- 0,5	- 0,3

¹⁾ Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁵⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Für das 1. Halbjahr berechnet das WIFO in der vorläufigen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung einen Rückgang der Sachgütererzeugung um real ½% gegenüber dem Vorjahr. Die Unternehmen leiden unter anhaltendem Nachfragemangel. Die im WIFO-Konjunkturtest befragten Betriebe geben an, bis in den Sommer die Lager auf ein niedriges Niveau abgebaut zu haben, in den letzten Monaten wurden die Lager konstant gehalten. Dies weist darauf hin, dass die Produktion nicht mehr weiter sinken dürfte. Im Jahresdurchschnitt könnte sich eine Stagnation ergeben. Angesichts fehlender Produktionssteigerungen werden Beschäftigung und durchschnittlich geleistete Arbeitszeit weiter verringert. Die Zahl der Beschäftigten dürfte in der Sachgütererzeugung heuer nochmals um rund 15.000 niedriger sein als im Vorjahr. Für das Jahr 2004 zeichnet sich ein weiterer Rückgang ab.

Im kommenden Jahr stehen um 3 Arbeitstage mehr zur Verfügung als heuer. Bei guter Konjunktur kann eine Ausweitung der Arbeitszeit eine Steigerung der Produktion mit sich bringen. Aufgrund der schwachen Nachfrage dürften die Auswirkungen 2004 aber nicht sehr hoch sein. Gesamtwirtschaftlich werden positive Effekte in der Industrie zum Teil durch negative Effekte der geringeren Zahl der Feiertage im Tourismus ausgeglichen.

Im Gegensatz zu den Vorjahren liefern die Bauinvestitionen im Jahr 2003 einen wichtigen positiven Wachstumsimpuls für die Gesamtwirtschaft. Dies ist primär ein Ergebnis der Beschleunigung des – im Zuge der Erweiterung der EU dringend notwendigen – Ausbaus der hochrangigen Verkehrsinfrastruktur. Sowohl im Straßen- als auch im Schienenbau ermöglichte die Ausweitung des öffentlichen Finanzierungsrahmens seit Mitte 2002 zusätzliche Investitionen. Die Bauleistungen stiegen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur im Jahr 2002 um 12% und nehmen heuer neuerlich um 15% zu.

Der WIFO-Konjunkturtest weist seit mehreren Quartalen auf eine Besserung der Stimmung auch im Hochbau hin. Im Wohnungsbau spiegelt sich darin eine Ausweitung der Nachfrage nach Mietwohnungen, die bereits eine Zunahme der Baubewilligungen zur Folge hat. Im Bürobau flachen die Zuwächse nur langsam ab. Das ist angesichts erheblicher Überkapazitäten verwunderlich – hier könnte ein Einbruch bevorstehen.

Ohne die zusätzlichen Investitionen im Tiefbau würde die Bauwirtschaft auch heuer schrumpfen. Nun wächst sie mit Raten von 1½% (2003) bzw. 1¾% (2004) rascher als die Gesamtwirtschaft. Aufgrund des im internationalen Vergleich hohen Anteils der Bauwirtschaft am heimischen BIP sollte die Wirtschaftspolitik darauf achten, dass künftig bei einer stärkeren Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage die Anreize für Bauinvestitionen eher restriktiver gehandhabt werden. Ein antizyklischer Einsatz der öffentlichen Mittel für die Bauwirtschaft erweist sich als sinnvoll.

Die Sachgüterproduktion wird heuer mangels Nachfrage stagnieren – nach zwei Jahren sehr geringen Wachstums. Die Industriebeschäftigung sinkt merklich. Für das kommende Jahr wird keine markante Erholung erwartet. Die Auswirkungen der höheren Zahl an Arbeitstagen auf die Wertschöpfung dürften gering sein.

Wachstumsimpulse von der Bauwirtschaft

Die Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen verhindert ein Schrumpfen der Bauwirtschaft und bringt einen nennenswerten Wachstumsimpuls für das BIP mit sich. Diese antizyklische Orientierung der öffentlichen Bauinvestitionen sollte in der nächsten Hochkonjunkturphase mit restriktiverer Handhabung von Förderungen fortgesetzt werden.

Konsum und Handel stabilisieren die Konjunktur

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen im 1. Halbjahr um 1,3%, die Wertschöpfung im Handel sogar um 2½%. Für das kommende Jahr wird eine ähnlich günstige Entwicklung erwartet. Die Raten bleiben aber merklich unter dem langfristigen Durchschnitt.

Die Realeinkommen je Arbeitnehmer sind nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen seit dem Jahr 2000 um 1½% zurückgegangen. Heuer zeichnet sich eine Stabilisierung ab (+¼%). Die starke Ausweitung mancher Transfers (vor allem Kinderbetreuungsgeld) lässt auch die realen Nettomasseneinkommen gegenüber dem Vorjahr wachsen (+1¼%).

Die Zunahme der Einkommen bleibt allerdings zu gering, um eine merkliche Ausweitung der Konsumnachfrage zuzulassen. Zudem hat der Sparanteil am verfügbaren Einkommen eine leichte Aufwärtstendenz. Im dritten Jahr schwacher Einkommensentwicklung und vor dem Hintergrund der Diskussion um Pensionskürzungen dürften die Konsumenten größere Anschaffungen vorsichtig disponieren. Die Konsumnachfrage dürfte sowohl heuer (+1,3%) als auch im nächsten Jahr (+1,6%) deutlich langsamer zunehmen als im langfristigen Durchschnitt (+2¼%).

Übersicht 7: Konsum, Einkommen und Preise

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6
Dauerhafte Konsumgüter	+ 7,3	+ 3,8	+ 2,0	- 0,2	+ 1,5	+ 3,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,6	+ 3,2	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,4
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 2,3	+ 3,1	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,7
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte ²⁾	8,5	8,3	7,4	7,4	7,8	8,2
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	5,2	6,7	3,5	1,2	1,5	2,5
	In %					
Inflationsrate						
National	0,6	2,3	2,7	1,8	1,3	1,2
Harmonisiert	0,5	2,0	2,3	1,7	1,2	1,1
Kerninflation ³⁾	0,7	0,9	2,3	2,0	1,2	1,1

¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ³⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Im Handel überstieg die Wertschöpfung das Vorjahresniveau im 1. Halbjahr nach vorläufigen Berechnungen real um 2½%. Die Umsatzzuwächse im Einzelhandel in diesem Zeitraum entsprechen mit +1¼% den Erwartungen. Die Hitze in den Sommermonaten dürfte dämpfend gewirkt haben. Im Großhandel meldet Statistik Austria für das 1. Halbjahr Zuwächse um 3%. Dies erscheint angesichts der Stagnation von Exporten und Importen wenig realistisch. Für den Jahresdurchschnitt scheint eine Ausweitung der Wertschöpfung im Handel um real 2% wahrscheinlich, im kommenden Jahr könnte die Steigerung höher ausfallen.

Stagnation im Tourismus

Der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz steigt 2003 auf über 2 Mrd. €. Die Österreicher bemessen ihre Ausgaben im Ausland angesichts der ungünstigen Wirtschafts- und Beschäftigungslage heuer sehr zurückhaltend. Die Aufwendungen dürften 2003 neuerlich real um 3% zurückgehen, nachdem sie schon im Vorjahr um fast 4% gesunken sind. Die Ausgaben von ausländischen Gästen in Österreich stagnieren. Zwar profitieren die österreichischen Anbieter vom Verzicht vor allem deutscher Urlauber auf Fernreisen, allerdings sind die durchschnittlichen Aufwendungen der deutschen Gäste pro Nächtigung rückläufig. Für das kommende Jahr zeichnet sich im Tourismus eine leichte Erholung ab.

Der Preisauftrieb liegt auf Verbraucherebene seit Mai nur noch bei +1,1% gegenüber dem Vorjahr. Im Vergleich zum Jahresbeginn spiegelt sich darin vor allem die Verbilligung von Importwaren durch die Aufwertung des Euro. Die Preise industriell-gewerblicher Waren waren im August um nur etwa 0,6% höher als im Vorjahr. Energie wurde um 0,8% teurer. Für den Jahresdurchschnitt 2003 wird ein allgemeiner Preisanstieg von 1,3% erwartet.

Anzeichen für das Entstehen von Inflation sind derzeit nicht zu erkennen. Die Einfuhrpreise von Energie könnten im kommenden Jahr leicht zurückgehen, sofern sich die politische Lage im Irak beruhigt. Allerdings wirkt die merkliche Erhöhung der Energiesteuern in die entgegengesetzte Richtung, sie dürfte den Verbraucherpreisindex mit +0,1 bis +0,2 Prozentpunkten belasten.

Die seit nunmehr zweieinhalb Jahren anhaltende Konjunkturlaute hat erhebliche negative Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ist seit Jänner 2001 von 5,6% der unselbständigen Erwerbspersonen auf zuletzt 7,1% gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen nahm damit in diesem Zeitraum um 55.000 zu. Dazu kommt eine Ausweitung der Gruppe von Arbeitssuchenden, die aufgrund ihrer Teilnahme an Schulungen nicht als arbeitslos gezählt werden. Eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich nicht ab. Sie würde eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums auf etwa 2% voraussetzen. Angesichts der aktuellen Wachstumsaussichten droht ohne zusätzliche Gegenmaßnahmen der Wirtschaftspolitik bis in die zweite Jahreshälfte 2004 ein Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 38,2	+ 30,8	+ 15,1	- 11,2	+ 8,8	+ 17,2
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 37,2	+ 28,9	+ 13,6	- 14,6	+ 6,0	+ 15,0
Veränderung gegen das Vorjahr	in %					
Inländer	+ 29,4	+ 15,5	+ 4,2	- 19,7	- 8,0	- 1,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 7,8	+ 13,4	+ 9,5	+ 5,1	+ 14,0	+ 16,0
Selbständige ³⁾	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 3,4	+ 2,8	+ 2,2
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 19,8	+ 25,2	+ 28,1	+ 22,9	+ 19,1	+ 1,0
15- bis 59-Jährige	- 2,6	- 17,5	- 14,2	- 5,5	+ 3,1	+ 3,0
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 22,2	+ 3,4	+ 24,7	+ 17,3	+ 15,8	+ 21,8
Überschuss an Arbeitskräften						
Vorgemerkte Arbeitslose ⁵⁾	- 16,1	- 27,4	+ 9,6	+ 28,5	+ 7,0	+ 4,6
Stand	in 1.000	221,7	194,3	203,9	232,4	239,4
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁶⁾	4,0	3,7	3,6	4,3	4,3	4,4
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	6,0	5,3	5,5	6,2	6,3	6,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	6,7	5,8	6,1	6,9	7,0	7,1
Beschäftigungsquote						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁷⁾	62,3	62,5	62,5	62,0	62,0	62,3
Erwerbstätige ⁶⁾⁷⁾	68,5	68,4	68,4	68,3	68,3	68,4

1) Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. – 2) Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – 3) Laut WIFO. – 4) Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – 5) Laut Arbeitsmarktservice. – 6) In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – 7) In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

Seit dem Frühjahr nimmt die saisonbereinigte Zahl der Beschäftigten leicht zu. Darin kommt aber keine konjunkturbedingte Ausweitung der Arbeitskräftenachfrage zum Ausdruck, vielmehr ist das Beschäftigungswachstum auf institutionelle Faktoren zurückzuführen. Zum ersten umfasst die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten auch jene Bezieher von Altersteilzeitgeld, die bereits geblockt ihre Freizeitphase in Anspruch nehmen, aber noch im Beschäftigtenstand der Unternehmen aufscheinen. Zweitens sind als beschäftigt auch jene Arbeitslose erfasst, die an längeren Schulungen teilnehmen. Drittens wurde mit Jahresbeginn der Zugang von Ausländern mit längerer Aufenthaltsdauer zum Arbeitsmarkt neu geregelt; dies ermöglichte

Anhaltende Preisstabilität

Kein Rückgang der Arbeitslosigkeit abzusehen

Die Arbeitslosenquote wird heuer im Jahresdurchschnitt 7,0% der unselbständigen Erwerbspersonen und im kommenden Jahr 7,1% erreichen. Sie ist damit um 1½ Prozentpunkte höher als Anfang 2001. Vor allem aufgrund verschiedener institutioneller Faktoren steigt die Zahl der Beschäftigten in den letzten Monaten leicht. Dies deutet aber nicht auf eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt hin.

es vor allem ausländischen Frauen und Jugendlichen, die schon länger als vier bis fünf Jahre in Österreich leben, eine legale Beschäftigung aufzunehmen. Die Zahl der ausländischen Beschäftigten dürfte aufgrund dieser aus sozialpolitischer Sicht begrüßenswerten Maßnahme, aber auch aufgrund großzügigerer Saisonierregelungen heuer um etwa 14.000 höher sein als im Vorjahr. Für 2004 wird ein ähnlich starker Anstieg erwartet. Die Zahl der aktiv Beschäftigten wird heuer um 6.000 und im kommenden Jahr um 15.000 steigen.

Ungünstige Wirtschaftslage und merkliche Ausgabensteigerungen belasten öffentliche Haushalte

Das Defizit des Gesamtstaates dürfte 2003 und 2004 etwa 1% des BIP betragen. Es ist damit höher als in den zwei Jahren zuvor. Auf der Ausgabenseite schlagen sich vor allem höhere Transfers für Kinderbetreuungsgeld nieder, auf der Einnahmenseite wird die schlechte Wirtschaftslage wirksam.

Der Finanzierungssaldo des Staates lag im Jahr 2002 bei nur -0,2% des BIP, niedriger als zuletzt erwartet. Die günstigere Budgetsituation ergab sich auf Bundesebene durch das höhere Aufkommen an Umsatzsteuer und einen höheren Überschuss des Insolvenzfonds. Auf Ebene der Länder und Gemeinden konnten die gesamten Kosten des Hochwassers vom Sommer 2002 durch Einsparungen in anderen Bereichen ausgeglichen werden.

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	In % des BIP					
<i>Budgetpolitik</i>						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition ¹⁾	- 2,3	- 1,5	+ 0,3	- 0,2	- 1,0	- 1,2
Laut VGR	- 2,4	- 1,6	+ 0,1	- 0,4	- 1,1	- 1,3
Primärsaldo des Staates laut VGR	+ 1,3	+ 2,2	+ 3,8	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,2
	In %					
<i>Geldpolitik</i>						
Dreimonatszinssatz	3,0	4,4	4,3	3,3	2,3	2,2
Sekundärmarktrendite ²⁾	4,7	5,6	5,1	5,0	4,1	4,3
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Effektiver Wechselkursindex</i>						
Nominell	+ 1,5	- 2,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 2,8	+ 0,6
Real	- 1,1	- 3,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 2,1	+ 0,3

¹⁾ Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. - ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

Heuer werden merkliche Ausgabensteigerungen wirksam. Das betrifft insbesondere die Kosten des Kinderbetreuungsgeldes und der Altersteilzeit, aber auch Gehalts- und Pensionssteigerungen. Die Staatsausgaben wachsen rascher als das nominelle BIP. Die Staatseinnahmen sind hingegen durch die schlechte Konjunktur gedämpft. Vor allem das Aufkommen an direkten Steuern wird heuer neuerlich zurückgehen, die Unternehmenssteuern bleiben deutlich hinter den Vorjahresergebnissen zurück. Das Aufkommen an Lohnsteuer entwickelt sich hingegen ebenso wie jenes der Umsatzsteuer relativ günstig. Die Kosten der Konjunkturpakete sind für die öffentlichen Haushalte sehr gering – die Finanzierung der zusätzlichen Investitionen in die Infrastruktur erfolgte außerbudgetär über Asfinag und SCHIG. Die Investitionszuwachsprämie wird heuer das Aufkommen an Unternehmenssteuern mit etwa 0,1% des BIP belasten. Die steuerlichen Förderungsmaßnahmen für Forschungs- und Bildungsausgaben dürften sich hingegen in geringerem Ausmaß niederschlagen. Das WIFO erwartet für 2003 einen negativen Finanzierungssaldo des Staates von 1% des BIP. Das ist etwas günstiger als vom Bundesministerium für Finanzen notifiziert (-1,3%).

Im kommenden Jahr tritt ein erster Teil der Abgabenreform in Kraft. Er umfasst neben Entlastungen im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer und der Besteuerung nicht entnommener Gewinne der Personenunternehmen Belastungen im Bereich der Energiesteuern, Kranken- und Unfallversicherungsbeiträge. Insgesamt dürfte der Staatshaushalt leicht entlastet werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass der Spielraum der Gestaltung von Einmalmaßnahmen, Ausgliederungen und statistischen Zuordnungen relativ groß ist. Das WIFO berücksichtigt in seiner Budgetprognose primär die Konjunkturzusammenhänge. Das Steueraufkommen dürfte weiterhin langsamer als das nominelle BIP wachsen. Auf dieser Basis ergibt sich 2004 ein Staatsdefizit von 1,2% des BIP (-2¼ Mrd. €).